DEUTSCHE BAHN

Rückzug aus Israel

Die Deutsche-Bahn-Projektentwicklungstochter DB International (DBI) beugt sich dem politischen Druck und zieht sich aus dem Neubauprojekt Tel Aviv–Jerusalem zurück. Die geplante Eisenbahnverbindung soll spätestens im Jahr 2017 beide Großstädte in nur 28 Minuten miteinander verbinden. Das 1,2-Milliarden-Euro-Vorhaben der israelischen Staatsbahn ist brisant, weil die Strecke sechs Kilometer weit durch das palästinensische Westjordanland führen soll; dies verletzt nach Ansicht von Projektgegnern internationales Recht. Eine Palästinenser-Initiative hatte vor einigen Monaten das Engagement der Deutschen Bahn kritisiert (SPIEGEL 46/2010). Der Staatskonzern hatte Israel Railways bei der Elektrifizierung der Strecke beraten und Studien zu den Höhenprofilen erstellt. Nun macht die Bahn einen Rückzieher, nachdem auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) in einem Brief an Bahn-Chef Rüdiger Grube auf die politische Brisanz des Projekts hingewiesen hatte. Bahnintern heißt es, auch die DBI halte die geplante Streckenführung „aus völkerrechtlicher Sicht“ für „problematisch“. Man habe daher gegenüber dem Auftraggeber deutlich gemacht, „dass es bei einem politisch derart sensiblen Projekt keine Aktivitäten der Deutschen Bahn geben kann“.

TOURISMUS

TUIfly fürchtet Warnstreiks

Bei Deutschlands drittgrößter Fluglinie TUIfly könnte es bereits in der zweiten Mai-Hälfte zu befristeten Warnstreiks kommen. Hintergrund ist ein seit Monaten schwelender Tarifstreit zwischen Geschäftsführung und der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di. Deren Vertreter fordern für die knapp 2000 Boden- und Kabinenmitarbeiter eine Gehaltserhöhung von 2,5 Prozent, höhere Zulagen und eine Neuregelung der Altersteilzeit. Das Management lehnt die Forderungen bislang ab, es will in diesem Jahr vielmehr einen zweistelligen Millionenbetrag einsparen. Unter anderem soll das Weihnachtsgeld gekürzt und nur noch dann voll ausbezahlt werden, wenn TUIfly ausreichend Gewinne erwirtschaftet. Nachdem auch in einem dreitägigen Verhandlungsmarathon kurz vor Ostern keine Einigung erzielt wurde, schließt Ver.di gezielte Protestaktionen nicht mehr aus. Ein TUIfly-Sprecher zeigte sich zuversichtlich, dass der Konflikt in den Verhandlungsrunden bis Mitte Juni noch einvernehmlich zu lösen sei, und verweist auf das Beispiel der hauseigenen Piloten. Mit ihnen verständigte sich das Unternehmen erst am Freitag vergangener Woche auf einen neuen Tarifvertrag.

BAYERNLB

Gribkowsky wehrt sich

In der Affäre um dubiose Millionenzahlungen aus dem Dunstkreis der Formel 1 an den früheren BayernLB-Vorstand Gerhard Gribkowsky tauchen neue Rätsel auf. Bei seiner Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft Anfang April soll Formel-1-Chef Bernie Ecclestone ausgesagt haben, dass er von Gribkowsky erpresst wurde – mit brisanten Finanzdetails über Ecclestones verschachteltes Familienimperium. Die Ermittler verdächtigen den Ex-Banker der Steuerhinterziehung, Bestechlichkeit und Untreue; Ecclestone selbst der Beihilfe zur Untreue. Gribkowskys Anwalt Reinhard Höß bestreitet jedoch vehement, dass sein Mandant den Formel-1-Boss vor dem Verkauf eines BayernLB-Pakets an der Rennsportserie im Jahr 2006 massiv unter Druck gesetzt habe. „Er verfügte über kein spezielles Wissen“, sagt Höß, „sondern nur über allgemein zugängliche Informationen, die den britischen Steuerbehörden zu diesem Zeitpunkt ohnehin bekannt waren.“ Ecclestones Anwalt Sven Thomas wollte sich dazu nicht äußern, erklärte gegenüber dem SPIEGEL jedoch erstmals, weshalb die BayernLB an den Formel-1-Boss und seine Familienholding Bambino damals 67 Millionen Dollar zahlte. Demnach stellte der Finanzinvestor CVC als Bedingung für den Erwerb der BayernLB-Anteile, dass Ecclestone weitermacht. Zudem, so Thomas, habe sein Mandant Garantien für die Werthaltigkeit der Formel 1 im Wert von 100 Millionen Dollar übernommen und auf Einflussrechte verzichtet. All das sei durch die Zahlung abgegolten worden.

MARK THOMPSON / GETTY IMAGES

Ecclestone